

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl 1082

Freitag, 16. September 1966

Blatt 2631

Mütter werden gebeten, in die Schule zu gehen
=====

16. September (RK) Die Stadt Wien unterhält völlig kostenlos sogenannte Mütterschulen, die dazu dienen, Frauen über moderne Säuglingspflege zu unterrichten. Das Jugendamt der Stadt Wien, das die Kurse im Rahmen dieser Schulen durchführt, lädt die Mütter herzlich dazu ein, wieder die Schulbank zu drücken, um ihren Sprößlingen die beste Pflege angedeihen lassen zu können.

Die neuen Kurse beginnen bereits im September, und zwar in den folgenden Mütterschulen der Stadt Wien:

- 2, Obere Augartenstraße 14
- 3, Sechskrügelgasse 11 (Amtshaus)
- 5, Reinprechtsdorfer Straße 1 c
- 6, Amerlingstraße 11, 3. Stock, Zimmer 66, Lift (Amtshaus)
- 8, Schlesingerplatz 4 (Amtshaus)
- 10, Gudrunstraße 128 (Amtshaus)
- 13, Hietzinger Kai 1 (Amtshaus)
- 15, Rosinagasse 4 (Amtshaus)
- 17, Röttergasse 29-31
- 18, Erndtgasse 27 (Sammelweisklinik)
- 21, Floridsdorfer Hauptstraße 12/4.

Es wird gebeten, die Kurszeiten in den Bezirksjugendämtern zu erfragen. Kursdauer: durch sechs Wochen einmal wöchentlich je eine Doppelstunde. Eintritt ist jederzeit ohne Voranmeldung möglich. Es wird kein Kursbeitrag eingehoben.

Ferner macht das Jugendamt der Stadt Wien darauf aufmerksam, daß im Rahmen der städtischen Mütterschule 8, Schlesingerplatz 4, am Dienstag, den 18. Oktober, von 17 bis 19 Uhr, ein besonders interessanter Vortrag über das Thema "Das Kind und sein Spielzeug" stattfindet. Vortragende ist eine erfahrene Kinderpsychologin.

- - -

65. Geburtstag von Ludwig Bertalanffy

=====

16. September (RK) Am 19. September vollendet der Biologe Univ.-Prof. Dr. Ludwig Bertalanffy das 65. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren, wo er an der Universität die Studien absolvierte und sich 1934 habilitierte. 1949 folgte er einer Berufung nach Ottawa, 1955 erfolgte seine Bestellung zum Direktor des Biological Ressearch Department am Mount Sinai Hospital in Los Angeles. 1958 ging er an die Menninger Foundation Topeka, wo er bis heute wirkt. Bertalanffy, der Mitglied der New Yorker Akademie der Wissenschaften und Vizepräsident der Society of American Naturalist ist, arbeitet vor allem auf dem allgemeinen Gebiet der Biologie und der theoretischen Biologie. Seine Untersuchungen erstrecken sich aber auch auf die Physiologie, die Krebsforschung, die Biophysik, die Zoologie sowie auf die Philosophie der Wissenschaften. Von ihm stammen zahlreiche Veröffentlichungen, darunter das grundlegende Werk "Theoretische Biologie", ferner "Das biologische Weltbild", ins Englische und Japanische übersetzt, und das populärwissenschaftliche Buch "Auf den Pfaden des Lebens". Seit 1942 erscheint das von ihm herausgegebene "Handbuch der Biologie".

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

16. September (RK) Montag, den 19. September, Route 5 mit Hannovermarkt, Kindergarten Pappenheimgasse, Neubaugebiet Erigittenau, Donaupark mit Donauturm, Kultur- und Verkehrszentrum Floridsdorf, Schule Strebersdorf und Nordeinfahrt sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen im 20. und 21. Bezirk.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Bgm. Marek kondolierte der Witwe des italienischen Presseattachés
=====

16. September (RK) Wie bereits gemeldet ist gestern der Leiter der Presseabteilung der italienischen Botschaft in Wien, Gustavo Moncherio, gestorben. Bürgermeister Bruno Marek hat an die Witwe des bekannten und allseits beliebten Journalisten, Marietta Moncherio, folgendes Beileidstelegramm gerichtet:

"Sehr geehrte gnädige Frau! Mit Bestürzung habe ich heute vom plötzlichen Hinscheiden Ihres Herrn Gemahls erfahren. Nehmen Sie bitte mein aufrichtiges Beileid entgegen. Ihr Gatte war nicht nur ein hervorragender Journalist und feinsinniger Diplomat, sondern vor allem auch ein liebenswerter Mensch, dem alle gut gesinnt waren. Die Wiener Stadtverwaltung verliert mit ihm einen Freund, der an einer wichtigen und exponierten Stelle wirkend, immer vom Herzen gern bereit war, dem guten Verhältnis zwischen den beiden Nachbarländern zu dienen. Ihr sehr ergebener Bruno Marek, Bürgermeister und Landeshauptmann."

- - -

Sitzung des Wiener Landtages
=====

16. September (RK) Heute vormittag trat der Wiener Landtag zu seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien zusammen. Nachdem Erster Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer die Sitzung eröffnet hatte, erteilte er Landeshauptmann Bruno Marek das Wort zu einem Bericht über Fragen der Hochwasserhilfe der Stadt-Wien, beziehungsweise des Hochwasserschutzes.

Bericht über die Hochwasserhilfe der Stadt Wien

Landeshauptmann Bruno Marek berichtete, daß er am 18. August bereits auf Grund der Wettervorhersage Stadtrat Heller gebeten habe, Hilfsmaßnahmen für Kärnten und Osttirol zu organisieren. Den beiden Bundesländern wurde die Hilfe der Bundeshauptstadt angeboten. Tags darauf kam bereits ein solches Ersuchen aus Kärnten und am Morgen des 20. August wurde ein Konvoi, bestehend aus 22 Lastkraftwagen mit einem Brückengerät für Notbrücken von 62 Laufmeter, vier Schlammsaugwagen, einem Hochdruck-Kanalspülwagen, zwei Ladegeräten, einem Tankwagen, einem Werkstättenwagen und drei Einsatzfahrzeugen der Feuerwehr der Stadt Wien in Richtung Kärnten in Marsch gesetzt. Nach einer Einsatzbesprechung mit dem Kärntner Landesrat Schober fuhr der Hilfszug am Sonntag, dem 21. August auf zum Teil noch überfluteten Straßen zum ersten Einsatzort Dellach im Drautal, wo sofort mit der Räumung begonnen wurde. Zwei Schlammsaugwagen waren in Spittal an der Drau verblieben, wo sie überflutete Keller auspumpten. Die Brückengeräte wurden in Möllbrücke abgeladen und zum Einsatz bereitgestellt. Der Kanalspülwagen und drei Lkw wurden nach Lienz in Osttirol beordert.

In Dellach, dem Haupteinsatzort, wurde die Räumung des Draßnitzbaches vorangetrieben und ein Dambruch der Drau saniert. Die in Dellach stationierten Schlammsaugwagen erzielten eine Tagespumpleistung von rund 2,5 Millionen Liter. Aus dem Draßnitzbach haben Fahrzeuge der Stadt Wien rund 30.000 Kubikmeter Material abgeführt, das ist eine Menge, mit der man sämtliche unterirdische Passagen

der Wiener Ringstraße auffüllen könnte. Ferner wurden 3.500 Meter Behelfsstraßen und eine zehn Meter lange Holzbrücke errichtet.

In Oberdrauburg und Dellach hat die Wiener Einsatzgruppe aus den überfluteten Häusern zirka 32 Millionen Liter Wasser und Schlamm ausgepumpt, der Kanalspülwagen hat insgesamt 13 Kilometer total verschlammter Kanäle wieder funktionsfähig gemacht. Am 25. August wurden weitere neun Lkw mit drei Anhängern und ein weiteres Brückengerät für 60 Laufmeter, das in Wien beim Bau der Albertinapassage verwendet worden war, in das Katastrophengebiet entsandt. Am 3. September wurde der Wiener Hilfszug ins Mölltal verlegt und in den Orten Flattach, Kleindorf, Winklern, Mörtschach und Döllach eingesetzt. Die Arbeit des Wiener Hilfszuges, die am 8. September zu Ende ging, fand seitens der Kärntner Behörden vollste Anerkennung, die auch in der Kärntner Presse ihren Niederschlag fand (Beifall aller Fraktionen). Der Stadt Wien werden aus diesem Einsatz Kosten von rund zwei Millionen Schilling erwachsen.

Dringliche Projekte für Wiens Hochwasserschutz

In diesem Zusammenhang erinnerte Landeshauptmann Marek auch an das Problem eines Hochwasserschutzes für Wien und die diesbezüglichen Initiativen der Stadt Wien, der Donauhochwasserschutzkonkurrenz und des Ingenieur- und Architektenvereines. Am 30. März und am 14. Juni hat Landeshauptmann Marek an den Bundesminister für Bauten und Technik, Dr. Kotzina, Schreiben gerichtet, in denen er auf die Dringlichkeit der Hochwasserschutzprojekte hinwies. Minister Dr. Kotzina antwortete am 7. Juli, daß er die Vorschläge der Stadt Wien dem Finanzministerium zur Überprüfung übermittelt habe. Daher muß an das Finanzministerium die Bitte gerichtet werden, die Überprüfung dringlichst vorzunehmen, da in der Frage des Hochwasserschutzes keine Zeit mehr zu verlieren ist.

Benachteiligung der Länder und Gemeinden

=====

Der Katastrophenfonds der Bundesregierung, der durch drei Prozent zusätzlichen Steueraufkommens finanziert werden soll, fand die Zustimmung aller Parteien. Nicht so der von der Bundesregierung ausgearbeitete Verteilungsschlüssel. Dieser Schlüssel sieht vor, 50 Prozent der zu erwartenden Einnahmen für vorbeugende Maßnahmen aufzuwenden, 20 Prozent für die Behebung von Schäden an Bundesvermögen, 20 Prozent für Privatschäden und nur je fünf Prozent für die Schäden von Ländern und Gemeinden. Die Landeshauptleutekonferenz kam auf Grund sachlicher Unterlagen einstimmig zu der Auffassung, daß die Bevorzugung des Bundes nicht gerechtfertigt ist und daß ein Aufteilungsschlüssel, der den Gebietskörperschaften gleiche Teile zusichert, der eingetretenen Schadenshöhe eher gerecht würde. Es haben sich alle Landeshauptleute in Anwesenheit des Bundeskanzlers einhellig gegen den vorgeschlagenen Verteilungsschlüssel gewandt, der dann leider vom Parlament mehrheitlich doch beschlossen wurde. Den Ländern und Gemeinden bleiben demnach für die Schadensbehebung nur je fünf Prozent.

Wien wird immer helfen, verlangt aber Gerechtigkeit!

Landeshauptmann Marek betonte abschließend die Bereitschaft des Bundeslandes Wien, allen Bundesländern in Notfällen seine Hilfe zuteil werden zu lassen, appellierte aber gleichzeitig an die Bundesregierung, die Länder und Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben entsprechend zu unterstützen und gerecht zu behandeln.

Präsident Dr. Stemmer wertet den nun folgenden Beifall auch als Bekundung des Dankes an jene Bediensteten Wiens, die unmittelbar an der Behebung der Schäden aktiv mitgewirkt haben.

Das Haus geht hierauf in die Tagesordnung ein.

./.

Anderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes

Den ersten Punkt bildet eine Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes. Wie Berichterstatter Abg. Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) ausführt, wurde sie notwendig, um die Regelung des Ersatzes der Pflegegebühren in Krankenanstalten nach dem Heeresversorgungsgesetz und die Tragung der Verpflegskosten nach dem Bauern-Krankenversicherungsgesetz im Bereich des Bundeslandes Wien wirksam werden zu lassen.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) ist für diese Regelung, nimmt aber die Gelegenheit zum Anlaß, jene Bestimmungen des Wiener Krankenanstaltengesetzes anzufechten, nach denen von Geisteskranken und ihren Angehörigen die halben Verpflegskosten einzutreiben sind. Zwar werden sie ihnen jetzt bis zur Klärung der Rechtslage gestundet, doch müssen sie ständig in Angst leben, noch einmal zur Zahlung herangezogen zu werden, was sich nicht günstig auf den Gesundungsprozeß auswirken kann. Die Rechtslage sei völlig klar, und es werde dem Wiener Landtag nichts anderes übrigbleiben, als aus der Rechtsprechung der Höchstgerichte die Konsequenzen zu ziehen. Auch die Arbeiterkammer hat diese Bestimmungen in einer Zuschrift an die Landesregierung als verfassungswidrig, unsozial und dem Rechtsstaatsgedanken widersprechend kritisiert. Dr. Hirnschall bringt einen Antrag ein, die gesetzlichen Bestimmungen in der Weise zu ändern, daß dem Rechtsträger der Krankenanstalt kein Anspruch auf Ersatz der Pflegegebühren für die Dauer der vom Versicherungsträger gewährten Anstaltspflege zusteht.

Bei der Unterstützungsfrage wird der Antrag nicht genügend unterstützt und steht daher nicht zur Verhandlung. Wie Präsident Dr. Stemmer dazu erklärt, schließt das aber nicht aus, daß man sich mit der Materie beschäftigen wird.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters wird der Gesetzentwurf einstimmig beschlossen.

Der zweite und letzte Punkt der Tagesordnung ist ein Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Josef Laß (SPÖ) wegen Verdachtes des Verbrechens der Untreue nach § 205, lit. c, Strafgesetzbuch, allenfalls der Mitschuld, auf der Tages-

ordnung. Als Berichterstatter führt Abgeordneter Windisch (SPÖ) aus, daß im Zuge der gerichtlichen Untersuchungen gegen den ehemaligen Innenminister Franz Olah die mögliche Mitwirkung seiner engeren Mitarbeiter geprüft wird. Zu ihnen gehörte auch der Sekretär der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, Josef Laš. Das Immunitätskollegium befaßte sich heute mit dem Ersuchen des Landesgerichtes und stellte fest, daß die in Frage stehenden Handlungen von Josef Laš in keinem Zusammenhang mit seiner Stellung als Landtagsabgeordneter stehen, umsomehr als er damals noch nicht Mitglied des Landtages war. Er selbst hat in einem Schreiben an den Landtagspräsidenten gebeten, seine Immunität aufzuheben.

Der Landtag gibt dem Antrag des Immunitätskollegiums um Aufhebung der Immunität einstimmig die Zustimmung.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

16. September (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit:
Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obst-
sorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Paprika 50 bis 80 Groschen, Grundsalat 2 bis 3 Schilling
je Stück, Tomaten 5 bis 6 Schilling je Kilogramm.

Obst: Birnen 6 bis 8 Schilling, Weintrauben 6 bis 8 Schilling,
Zwetschken 4 bis 6 Schilling je Kilogramm.

- - -

Autobusverkehr auf den Kahlenberg
=====

16. September (RK) Ab Montag, den 19. September, fährt auf
der Autobuslinie 21, Grinzing - Kahlenberg, der Jahreszeit ent-
sprechend bis auf weiteres der letzte Autobus von Grinzing
über Cobenzl auf den Kahlenberg um 21 Uhr, vom Kahlenberg
über Cobenzl nach Grinzing um 21.20 Uhr.

- - -

(Forsetzung des Sitzungsberiches:)

Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

16. September (RK) Im Anschluß an die Landtagssitzung eröffnet Bürgermeister Bruno Marek die Sitzung des Gemeinderates. An Anfragen liegen vor: drei von den KLS, zwei von der ÖVP. Die FPÖ hat eine dringliche Anfrage an den Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI eingebracht, betreffend die Errichtung eines Fernwärmerwerkes im 9. Bezirk am Wasserleitungsplatz. An Anträgen liegen vor: von der ÖVP, betreffend "Umwidmung der alljährlichen Hausammlung zu Gunsten der Tbc-Erkrankten und Bresthaften Wiens", betreffend "Schaffung eines Parkplatzes beim Pius Parsch-Platz im 21. Bezirk" und betreffend "Überprüfung von Maßnahmen zur Beschaffung von Parkplätzen für Ärzte"; von der SPÖ, betreffend "Erhöhung der Pflegegeldsätze für Pflegekinder der Stadt Wien in fremder Familienpflege"; von der FPÖ, betreffend "Instandsetzung der Anton Freunschlag-Gasse im 23. Bezirk"; von den KLS, betreffend "die Erhöhung des Absatzbetrages zur Errechnung der Bemessungsgrundlage für Kindergärten- und Hortbeiträge für Ehepaare mit mehr als einem Kind".

Hervorragende Entwicklung der "Wiener Städtischen"

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, den Jahresbericht und den Jahresabschluß des Konzerns der Wiener Städtischen Versicherung für das Geschäftsjahr 1965, referiert Gemeinderat Jodlbauer (SPÖ): Der Jahresabschluß, aus dem die hervorragende Entwicklung des Unternehmens zu erkennen ist, weist einen Betriebsüberschuß von 72 Millionen Schilling gegenüber 57,7 Millionen Schilling im Jahr 1964 aus.

Die Prämieinnahmen sind gegenüber 1964 um 16,4 Prozent auf 1.376,5 Millionen Schilling gestiegen, der Stand der Versicherungen erhöhte sich von 3,153.000 auf rund 3,320.000 Verträge. Die vom Konzern verwalteten Aktiva sind um 14,62 Prozent auf 2.417 Millionen gestiegen.

Die Schadensentwicklung war in den einzelnen Zweigen ungleich. Die Autohaftpflichtversicherung war wieder passiv, und zwar nicht nur durch die steigende Anzahl der Schäden, sondern auch durch die stark gestiegenen Kosten der Autoreparaturen. Ein weiteres Sorgenkind: die Spitalskostenversicherung innerhalb der Krankenversicherung.

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 389,3 Millionen Schilling in Form von Darlehen an Körperschaften des öffentlichen Rechts, an Wohnbaugenossenschaften und andere Schuldner gegeben. Der Verwaltungsaufwand stieg trotz des erhöhten Geschäftsumfanges nur von 122,5 Millionen (1964) auf 125,2 Millionen Schilling (1965).

GR. Peter (FPÖ) bezeichnet den vorgelegten Bericht als erfreulich, er möchte jedoch zu einem Punkt Stellung nehmen, und zwar Thema Haftpflichtversicherung, über deren Erhöhung derzeit viel geschrieben und gesprochen wird. Es fällt auf, daß der Prämienzuwachs bei dieser Versicherung um 23 Prozent gestiegen ist, die Versicherungsleistungen jedoch um 29 Prozent. Diese Differenz sei nicht so erheblich und stehe dem gegenüber, was die Versicherungsgesellschaften in ihren Publikationen immer behaupten. Die Einnahmen aus den Prämienleistungen betragen 276,500.000 Schilling, während die Ausgaben für 1965 174,9 Millionen ausmachten. Auch wenn man einen Betrag für sogenannte schwebende Versicherungsleistungen abzieht, verbleibt ein schöner Gewinn. Es sei daher nicht zu verstehen und auch nicht erforderlich, die Versicherungen für die KFZ-Haftpflicht, wie es von den Versicherungen gewünscht wird, zu erhöhen.

Zur Übernahme des Defizits der Anglo-Danubian-Lloyd-Versicherung durch die Mutteranstalt erhebt sich die Frage, ob es vom Verwaltungsstandpunkt aus überhaupt notwendig ist, zwei Anstalten nebeneinander mit getrenntem Verwaltungsapparat aufrecht zu erhalten, wenn letzten Endes den Verlust der einen Gesellschaft die Mutteranstalt übernehmen muß. Eine Verwaltungsvereinfachung wäre hier zweckmäßig.

Dem vorliegenden Antrag werde seine Fraktion zustimmen. Gemeinderat Jodlbauer stellt im Schlußwort fest, daß die Konstruktion der Wiener Städtischen Versicherung unter einer sehr demokratischen Betriebsführung vorgenommen wird. Man kann aus der gesamten Geschäftspolitik der Städtischen ersehen, daß hier nicht nach kapitalistischen Grundsätzen vorgegangen wird, um große Vermögen anzuhäufen, sondern um dem Versicherungsgedanken Rechnung zu tragen. Von der Wiener Städtischen wurden meines Wissens auch bezüglich der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung Anregungen gegeben, die bessere Ergebnisse zeitigen würden ohne eine Erhöhung der Prämien vorzunehmen.

Bei der Abstimmung wurde der Bericht einstimmig zur Kenntnis genommen.

Das Bauen wird immer teurer

Gemeinderat Graczoll (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Erhöhung des Sachkredits für die Errichtung eines Kindertagesheimes im 10. Bezirk, in der Gimniggasse. Die veranschlagte Baukostensumme von 5,805.000 Schilling ist durch Lohn- und Materialpreiserhöhungen und durch höhere Kosten, die für nicht vorausgesehene Fundierungsarbeiten verursacht wurden, um 1,445.000 Schilling zu erhöhen.

Gemeinderat Dr. Schmidt (FPÖ) erklärt, daß sich nicht nur dieser Tagesordnungspunkt mit Sachkrediterhöhungen für die Errichtung von Kindertagesheimen beschäftigt, sondern auch zwei weitere. Es handelt sich hier um Erhöhungen, die in einem Fall 25 Prozent der veranschlagten Baukosten ausmachen, in den anderen Fällen, 15, beziehungsweise 17 Prozent. Als Begründung werden in allen drei Fällen Lohn- und Materialpreiserhöhungen sowie zusätzliche Fundierungsarbeiten angegeben. Wenn man sich die Lohn- und Materialpreiskosten anschaut, ist es interessant festzustellen, daß während der tatsächlichen Bauzeit Lohn und Material nur um 1 bis 1,5 Prozent teurer wurden. Tatsächlich ist die Erhöhung um 15 Prozent für Löhne und Materialien in der Zeit zwischen der Beschlußfassung und dem tatsächlichen Baubeginn eingetreten. Warum beschäftigt man den Gemeinderat mit Projekten und erstellt für diese Baukosten, die zum Zeitpunkt des Baubeginnes bereits überholt sind?

Anscheinend waren dafür die bevorstehenden Wahlen ausschlaggebend. Man hatte scheinbar auch keine Zeit mehr dazu, die notwendigen Bodenuntersuchungen ordnungsgemäß ausführen zu lassen.

Interessant sei auch, daß die Fertigteilbauweise, die bei allen drei Tagesheimen angewendet wird, nicht billiger kommt als die konservatove Bauweise.

Abschließend verlangt der Redner, in Zukunft dem Wiener Gemeinderat nicht mehr so leichtfertig erstellte Pläne und so flüchtig errechnete Sachkreditanträge zur Genehmigung vorzulegen.

Gemeinderat Graczoll stellt im Schlußwort fest, daß es derartige Sachkreditüberschreitungen immer gegeben hat und auch immer geben wird. Es wurden rechtzeitig Probebohrungen durchgeführt und trotzdem hat sich nachträglich herausgestellt, daß die projektierten Fundamente nicht ausreichend sind. Die Lohn- und Materialpreiserhöhungen beliefen sich auf 15 Prozent.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Gemeinde Wien bietet Erleichterungen bei Regreßverpflichtungen

Gemeinderat Herbert Mayr (SPÖ) referierte einen Antrag auf Erhöhung der Freibeträge bei Regreßverpflichtungen von Großeltern von derzeit 1.400 Schilling für einen verdienenden Teil auf 1.800 und von derzeit 1.700 für zwei Verdienere auf 2.200 Schilling. Ferner soll der Freibetrag für im gemeinsamen Haushalt lebende Personen beziehungsweise für Haushaltshilfen von derzeit 300 auf 400 Schilling erhöht werden.

In der Debatte bemängelte Gemeinderat Dr. Krasser (ÖVP), zwar nicht den Inhalt des Antrages, den er als begründet und sozial gerechtfertigt bezeichnete, sondern die Form seiner Ankündigung in der Tagesordnung des Gemeinderates. Daraus gehe nämlich nicht hervor, worum es sich eigentlich handelt und die Gemeinderäte müßten zusätzliche Zeit aufwenden, um sich zu orientieren. Der Sprecher ersuchte den Bürgermeister, dafür zu sorgen, daß die Gemeinderatssitzungen verwaltungstechnisch so vorbereitet werden, daß jeder unnötige Zeitaufwand vermieden wird, was vor allem dadurch geschehen kann, daß den Beilagen nähere Unterlagen angeschlossen werden. Auch im Wohlfahrtsausschuß des Gemeinderates habe Stadtrat Maria Jacobi seinem Vorschlag zugestimmt, in Zukunft bei Überschreitung von Sachkrediten in jedem Fall die betreffenden Zahlen in die "Einladung zur Tagesordnung aufzunehmen.

GR. Herbert Mayr wies im Schlußwort darauf hin, daß die Einladungen zu Gemeinderatssitzungen zu einem dicken Paket würden, wenn man alle Unterlagen anschlösse, die die meisten Gemeinderäte ohnedies in ihren Ablagen besitzen.

Der vorliegende Antrag wurde einstimmig angenommen.

Stadt Wien verbessert Kreditaktion für Schank- und Gastbetriebe

Über eine Erweiterung der Kreditaktion für Wiener Schank- und Gastbetriebe zur Modernisierung von Kücheneinrichtungen referierte Vizebürgermeister Felix Slavik (SPÖ). Er erinnerte an den Gemeinderatsbeschluß vom 22. Juni 1962, eine Kreditaktion ins Leben zu rufen, bei der Gastbetrieben unverzinsliche Kredite zwischen 10.000 und 100.000 Schilling auf fünf Jahre eingeräumt werden. Bei pünktlicher Zurückzahlung können 50 Prozent des Kredites nachgelassen werden. Für diese Kreditaktion werden 20 Prozent des jährlichen Getränkesteueraufkommens bis maximal 25 Millionen pro Jahr zusätzlich der Rückflüsse aufgewendet. Außerdem zahlt Wien ein Prozent des Kreditbetrages als Manipulationsgebühr an den Kreditverein der Zentralsparkasse, der die Aktion durchführt. In den vergangenen vier Jahren hat die Aktion großen Anklang gefunden und auch andere Wirtschaftszweige hätten gern eine Kreditaktion zu solchen Bedingungen. Die Bedingungen erscheinen allerdings nur zur Förderung des Fremdenverkehrs gerechtfertigt.

Im Gastgewerbe bringt der Personalmangel und die Arbeitszeitregelung Schwierigkeiten bei der Führung der Küchenbetriebe mit sich. Zeitsparende technische Einrichtungen könnten hier Abhilfe schaffen, wie Griller, Fritter, Geschirrspülautomaten, Kalt- und Warmhaltegeräte oder Kartoffel- und Gemüseaufbereitmäschinen. Daher wird vorgeschlagen, die Kreditaktion dahingehend zu erweitern, daß der maximale Kreditbetrag von 100.000 auf 150.000 Schilling erhöht wird. Das gilt nur für küchenführende Betriebe, da 50.000 Schilling zur Rationalisierung von Küchen gedacht sind. Um eine Benachteiligung der bisherigen Kreditnehmer zu vermeiden, sollen auch jene, die bereits einen Kredit erhalten haben, weitere 50.000 Schilling für Kücheneinrichtungen bekommen können. Dadurch erhofft man sich eine weitere Förderung des Wiener Fremdenverkehrs.

GR. Lauscher (KLS) begrüßte den Antrag grundsätzlich, wies jedoch darauf hin, daß Restaurationsbesitzer dadurch bis 75.000 Schilling geschenkt erhalten können. Der Redner erinnerte an den KLS-Antrag vom Juli 1962, auch für junge Eheleute eine Kreditaktion zu schaffen, bei der 15.000 Schilling auf zehn Jahre vergeben werden und bei pünktlicher Rückzahlung nach fünf Jahren der Restbetrag erlassen werden kann.

Der Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Gemeindeverwaltung auch den jungen Eheleuten gegenüber großzügig zeigen und für sie eine Kreditaktion ähnlicher Art beschließen werde. Der diesbezügliche Antrag seiner Fraktion aus dem Jahre 1962 habe nichts an Aktualität verloren.

GR. Jodlbauer (SPÖ) erklärt, daß sich in den viereinhalb Jahren seit Beginn der Aktion gezeigt hat, daß sie wesentlich zu Verbesserungen bei Klein- und Mittelbetrieben beigetragen hat. 1.300 Betriebe haben bis heute diese Aktion in Anspruch genommen. Wenn man fragt, warum nicht alle der 4.000 Betriebe von dieser Aktion Gebrauch gemacht haben, so muß man auch darauf hinweisen, daß sie mit einer fiskalischen Erziehung verbunden ist. Der Kreditwerber muß nachweisen, daß er seinen steuerlichen Verpflichtungen der Stadt gegenüber regelmäßig und ordentlich nachkommt. Wir wollen vor allem den anständigen Betrieben die Priorität geben. Diese Aktion soll gleichzeitig ein Anreiz sein, richtig zu wirtschaften.

Bei dieser Kreditaktion konnten wir auch feststellen, daß die Rückzahlungen pünktlich geleistet werden und keinerlei Ausfälle zu verzeichnen sind. Auch bei der Portalkreditaktion zeigt sich eine sehr hohe Geschäftsmoral. Bei 2.674 Krediten ist es erst zu drei Ausfällen gekommen.

Der Redner begrüßt die Aufstockung der Kredite für das Gast- und Schankgewerbe und erklärt: Die Industrie hat die Voraussetzungen für neuartige Methoden der Speisenzubereitung geschaffen, nun müssen wir den Betrieben die Möglichkeit geben, von diesen Einrichtungen auch Gebrauch zu machen.

GR. Haag (ÖVP) tritt der Auffassung des GR. Lauscher entgegen, daß den Gastwirten mit dieser Aktion Geschenke gemacht werden. Durch diese Rationalisierungsmaßnahmen verlangt die Gemeinde Wien auch echte Gegenleistungen. Es genügt heute nicht mehr, unsere Denkmäler zu putzen und ein erstklassiges Kulturprogramm zu bieten. Der Gast braucht auch Gaststätten mittlerer Ausstattung. Und gerade bei der Mittelklasse ist diese Aktion auf fruchtbaren Boden gefallen. Manche Fremdenverkehrsgebiete sind schon dazu übergegangen, Hotelkonzessionen zu verweigern, wenn nicht auch für Gasttische vorgesorgt wird. Diese Aktion ist also kein Geschenk, denn der Stadt Wien kommt es auf andere Weise wieder zugute.

In seinem Schlußwort verweist Vizebürgermeister Slavik noch einmal auf die Wichtigkeit dieser Aktion im Interesse des Fremdenverkehrs. Die Gäste, auch solche, die nicht in einem Hotel wohnen oder nur für einen Tag nach Wien kommen, müssen gepflegt werden, und wir müssen vorkehren, daß sie nicht verärgert und vergrämt wegfahren. Der erste Schritt mußte sein, eine entsprechende Atmosphäre zu schaffen. Zuerst mußte für ordentliche Tische und Tischtücher gesorgt werden, damit sich der Gast halbwegs häuslich fühlt. Jetzt muß getrachtet werden, daß der Gast auch entsprechend zu essen bekommt.

Der Vizebürgermeister setzt sich dann mit der Forderung nach Haushaltsdarlehen für junge Ehepaare auseinander und verweist auf die bereits laufenden Aktionen, auf das Jugendsparen, das Jugendprämiensparen und die zusätzlichen Kreditaktionen. Für die weitere Aktion müßten zunächst die finanziellen Voraussetzungen geschaffen sein. Bei einem Kreditausmaß von 30.000 oder 35.000 Schilling wäre ein finanzieller Bedarf von 300 bis 350 Millionen Schilling im Jahr erforderlich. Mit einem solchen Antrag kann man erst dann vor den Gemeinderat treten, wenn auch die finanzielle Bedeckung vorhanden ist. Das Problem der Hausratsbeschaffung für junge Ehepaare ist ein gesellschaftliches Problem ersten Ranges, dem wir unsere Beachtung schenken. Gleichzeitig aber muß man auch die jungen Menschen in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Gesellschaft zum Sparen bringen.

Der Antrag wird hierauf einstimmig angenommen.

Lainz bekommt neues Isotopen- und Zentrallaboratorium

GR. Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) referiert den Antrag über die Errichtung eines neuen Isotopen- und Zentrallaboratoriums im Krankenhaus Lainz. Die Gesamtkosten dafür betragen 20 Millionen Schilling. Für 1966 ist eine Baubate von 1,5 Millionen Schilling vorgesehen.

GR. Eleonora Hiltl (ÖVP) bezeichnet die Errichtung dieses Zentrallaboratoriums, in dem das neue Isotopenlabor, ein medizinisch-chemisches Labor und ein serologisches Labor zusammengefaßt werden sollen, als bedeutenden Schritt in die Zukunft und weist auf die Wichtigkeit der Untersuchungen in solchen Laboratorien hin. Die bereits seit 1956 im Krankenhaus Lainz arbeitende Isotopenstation, in der bisher schon tausende Untersuchungen durchgeführt werden konnten, soll nunmehr ~~aus~~gebaut werden. Die Errichtung dieses Baues ist ein weiterer Schritt auf dem Weg, den die Stadt Wien seit jeher geht: auf dem Weg des medizinischen Fortschritts.

GR. Dozent Dr. Gisel (SPÖ) stellt fest, daß Wien die besondere Verpflichtung hat, der Entwicklung der Strahlenheilkunde Beachtung zu schenken, da in Wien Röntgens Entdeckung zum ersten Mal in den Dienst der Medizin gestellt wurde. Heute bestehen in Lainz, im Wilhelminenspital und in den beiden Universitätskliniken je ein Isotopenlabor, die allerdings etwas behelfsmäßig eingerichtet sind. Dessen ungeachtet wurden allein in der Isotopenstation Lainz im vergangenen Jahr 3.354 Patienten behandelt. Außerdem werden in den bestehenden Stationen bedeutende Beiträge zur Grundlagenforschung geleistet. In der medizinischen Weltliteratur werden diese wissenschaftlichen Arbeiten immer wieder an hervorragender Stelle gewürdigt.

Durch das neue Zentrallabor wird nicht nur die so überaus wichtige Zusammenarbeit und Koordination der Forschungs- und Behandlungsmethode gewährleistet sein, sondern auch die Gefahr der "Fünftage-medicin" in den Spitälern abgewehrt werden. Es ist doch an vielen Spitälern bereits so, daß verschiedene medizinische Einrichtungen wegen des herrschenden Personalmangels von Freitag abend mit Montag früh oft nicht zur Verfügung stehen. Hier sollen nun die modernen Einrichtungen des Zentrallaboratoriums helfend einspringen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Städtisches Wohnhaus für Schwestern in Hietzing

Stadtrat Heller (SPÖ) referiert einen Antrag auf Errichtung eines städtischen Wohnhauses für Schwestern in 13, Riedelgasse - Speisinger Straße, enthaltend 240 Wohnungen, Waschküchen, Bügelraum, Heizzentrale, PkW-Einstellplätze und andere **notwendige** Abstellräume. Der Bauentwurf sieht die Errichtung eines fünfgeschoßigen Blockes mit zwei Stiegen vor. Jede Wohnungseinheit besteht aus einem Wohnschlafraum mit Kochnische, einem Bad mit WC und einer kompletten Wasch- und Duschanlage. Die gesamte Anlage ist zentralbeheizt. Die Gesamtkosten werden mit 27,9 Millionen angenommen, das ist ein Kubikmeterpreis von 1.100 Schilling. Für den Bau dieses Objektes sollen Mittel nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 in Anspruch genommen werden. Als Baurate für das Jahr 1966 ist ein Betrag von drei Millionen vorgesehen. Der Referent ersucht, dem Entwurf und der Höhe des Sachkredites die Zustimmung zu geben.

GR. Lehner (ÖVP) stellt fest, daß sich auch ein zweiter Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung mit der Errichtung eines Schwesternwohnhauses, und zwar im 19. Bezirk, Raffelspergergasse, beschäftigt. Diese Anträge sind besonders zu begrüßen, weil sie die Frage der guten Unterbringung von Schwestern lösen helfen und damit immer wieder auftretende Schwierigkeiten wenigstens teilweise gelöst werden können. Wenn wir uns einen Erfolg in der Werbung für den Schwesternberuf versprechen, müssen wir auch für ihre zweckmäßige Unterbringung sorgen. Die Schwesternschülerinnen, viele von ihnen kommen aus den Bundesländern nach Wien, sind in guten Schwesternschulen untergebracht, stehen aber dann nach der Vollendung ihrer Ausbildung vor dem Problem, wo sie wohnen sollen. Es ist daher besonders erfreulich, daß wir nach der Fertigstellung der geplanten Schwesternwohnungen und nach Fertigstellung der bereits im Bau befindlichen über insgesamt 1.073 gute Unterkünfte verfügen. Bei dem heute vorliegenden Projekt ist es besonders zu begrüßen, daß die Schwesternwohnungen zwar im Anstaltsareal errichtet werden, daß sie aber völlig unabhängig von der Anstalt sind und auch über eigene Eingänge verfügen.

./.

In der Riedelgasse sollen nicht nur Schwestern der angrenzenden Nervenheilanstalt untergebracht werden sondern auch Schwestern aus dem Krankenhaus Lainz. Aus dem vorliegenden Akt sei nicht ersichtlich, wer für die Vergabe dieser Wohnungen zuständig sein wird, die Magistratsabteilung 5^c. des Wohnungsamtes oder die Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt. Eine Wohnungsvergabe durch das Anstaltenamt wäre zu begrüßen, da die Anstalten selbst am besten wissen, welche Kräfte sie am dringendsten in ihrem Bereich benötigen.

Der vorliegende Antrag bringt uns einen Schritt weiter in unserem Bemühen, den akuten Arbeitskräftemangel, besonders bei den Schwestern, beseitigen zu helfen und trägt damit einer Forderung seiner Fraktion Rechnung.

Gemeinderat Josef Fischer (SPÖ) sagte, es sei kein Zufall, daß auf der heutigen Tagesordnung des Gemeinderates sowohl das Isotopenlabor als auch das Schwesternwohnhaus stehen. Dies zeugt vielmehr von einem sehr systematischen Vorgehen. Der Streit um das "Primariatsrecht" der Idee ist zwar müßig, es muß aber betont werden, daß der Personalstadtrat ein Schwesternwohnhaus als erster gefordert hat. Die Beschlußreife geht aber auf eine Zusammenarbeit zahlreicher Stellen zurück.

Hietzing ist besonders froh über dieses große Projekt, weil es in diesem Bezirk rund 6000 Krankbetten gibt. Besonders dankbar sind die Schwestern, denen durch die heute beschlossenen Bauten eine große Sorge genommen wird. Schwesternwohnhäuser können auch Entscheidendes zur Linderung des Schwesternmangels beitragen. Der Redner richtete zum Schluß an alle Beteiligten die Bitte, den Bau möglichst rasch zu verwirklichen.

Stadtrat Heller (SPÖ) wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß im Wiener Gemeinderat seit vielen Jahren diese oder jene Fraktion dann, wenn vom Stadtbauamt ein größeres Projekt vorgelegt wird, behauptet, es schon seit langem angeregt oder gefordert zu haben. Darum soll darauf heute ausnahmsweise einmal eingegangen werden: Es muß festgestellt werden, daß zu dem vorliegenden Antrag keinerlei Anregungen von Stadtrat Dr. Glück eingegangen sind. Vielmehr geht der Plan auf die Initiative von Personalstadtrat Bock zurück, dem dafür auch in erster Linie Dank gebührt. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Dank an die Mitarbeiter der Heimatmuseen

Gemeinderat Gawlik (SPÖ) beantragte die Gewährung von Subventionen für kulturelle Institutionen. Danach sollen die Arbeitsgemeinschaft der Wiener Heimatmuseen 150.000, das Österreichische Freilichtmuseum in Graz 100.000 und der Österreichische Stifterverband für Naturschutz 15.000 Schilling erhalten.

Gemeinderat Sackmauer (SPÖ) sprach in diesem Zusammenhang über Aufgaben und Ziele der Wiener Heimatmuseen und hob die Arbeit und den Idealismus ihrer vielen freiwilligen Helfer hervor. Besonders die Lehrer machen sich dabei sehr verdient. Namentlich ist hier Professor Hans Pemmer zu erwähnen.

Vor zwei Jahren haben sich die Lustoden, Leiter und Mitarbeiter der Heimatmuseen vereinsmäßig zusammengeschlossen und bemühen sich, in regelmäßigen Zusammenkünften jeden Dilletantismus ausmerzen und durch streng wissenschaftliche Methoden zu ersetzen. An einem solchen Schulungsabend nehmen zwischen 70 und 80 Personen teil, darunter auch erfreulich viele junge Leute, die auch beispielsweise aus Guttenstein oder Stockerau kommen. Die Arbeitsgemeinschaft befaßt sich mit moderner Ausstellungstechnik und der Archivorganisation. Veranstaltungen der Wiener Heimatmuseen bereichern auch das Programm der Wiener Festwochen. Darum ist an dieser Stelle den vielen selbstlosen und treuen Mitarbeitern der Heimatmuseen, ohne die diese wichtige Arbeit undenkbar wäre, herzlich zu danken. Ebenso gebührt den Beamten des Archivs der Stadt Wien, der Stadtbibliothek, des Historischen Museums, des Kulturamtes der Stadt Wien und den Funktionären aller jener Vereine, die die Heimatmuseen unterstützen, Dank. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Hierauf wird die Anfrage der FPÖ-Gemeinderäte, betreffend die Errichtung des Fernwärmewerkes im 9. Bezirk am Wasserleitungsplatz, behandelt.

Gemeinderat Dr. Schmidt (FPÖ) begründet den Antrag auf Besprechung der Anfrage und erklärt: Meine Fraktion ist über die Art und Weise, wie das für die Wärmeversorgung des Allgemeinen Krankenhauses erforderliche Fernheizwerk in Angriff genommen wird, beunruhigt. Am 26. Februar 1965 hat der Gemeinderat den grundsätzlichen Beschluß zur Errichtung gefaßt. Im Juli dieses Jahres war der erste

Antrag in der Tagesordnung für den Gemeinderat enthalten. Einige Tage vorher wurde er schon in der Ausschußsitzung abgesetzt und dann von der Tagesordnung für den Gemeinderat herausgenommen. Am 9. August 1966 hat der Stadtsenat diesen Projektantrag genehmigt. Man hätte nun erwarten können, daß der Gemeinderat in seiner nächstfolgenden Sitzung, also heute, diesen Antrag zu Gesicht bekommen würde. In der Tagesordnung war er enthalten, plötzlich wurde er wieder abgesetzt. Was geht hier vor? Das Projekt ist offensichtlich dringlich, sonst hätte nicht der Stadtsenat gemäß Paragraph 99 die Zustimmung erteilt, da diese Angelegenheit offenbar inzwischen so dringlich geworden war, daß die Entscheidung des Gemeinderates ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden konnte. Die Gemeinderäte haben ein Recht darauf, hier Aufklärung zu bekommen.

Der Antrag auf Verlesung und Besprechung der Anfrage sowie auf Besprechung der Antwort wird einhellig angenommen.

Hierauf verliest der Schriftführer die Anfrage, in der drei konkrete Fragen gestellt werden: Welche Ursachen liegen der neuerlichen Absetzung von der Tagesordnung zugrunde? Zu welchem Zeitpunkt wird mit einer entscheidungsreifen Vorlage des Projektes gerechnet werden können? Wenn Planungsmängel und Koordinierungsfehler die Ursachen für die Verzögerung der Inangriffnahme des Bauvorhabens sind, wie bringt der Antsführende Stadtrat diese Tatsachen mit seinen seinerzeitigen Zusicherungen in Einklang?

In Beantwortung der Anfrage erklärt Stadtrat Heller, daß es sich bei dem geplanten Fernwärmewerk um ein überaus großes bauliches und ein äußerst kompliziertes maschinenbauliches Vorhaben handelt, mit dem nicht nur das Allgemeine Krankenhaus, sondern auch weitere Abnehmer versorgt werden könnten. Die Schwierigkeit liegt nicht nur bei der Projektierung, sondern vor allem bei der baubehördlichen Abwicklung, indem mit dem Bau der beiden Ölkessel und der Rohrleitungen zu den Wärmeabnehmern möglichst rasch begonnen werden muß, während die zwei weiteren Baustufen, die Müllverbrennungsanlage und vor allem die Wärmekraftkupplung, noch nicht projektiert sind. Es liegen aber keinerlei Planungsmängel vor. Die Planung für das, was zu beschließen ist, für die

zwei Ölkessel zur Beheizung des Allgemeinen Krankenhauses, ist komplett fertig. Wir hätten auch bei diesem Dienststück in der üblichen Weise vorgehen und den Gemeinderat vorbehaltlich des anstandslosen Ablaufs des baubehördlichen Verfahrens um Zustimmung bitten können. Wir waren aber der Meinung, daß es wegen der Bedeutung dieses Projekts nicht zweckmäßig ist, und daher wurde noch vor dieser Gemeinderatssitzung eine Bauverhandlung angesetzt. Sie hat am 5. September stattgefunden, es haben 33 Dienststellen teilgenommen. Dabei haben einige Dienststellen noch verschiedene Wünsche geäußert - die Bundesbahnen ein eisenbahnbehördliches Verfahren, die Wasserrechtsbehörde ein Wasserrechtsverfahren. Wir waren nun der Meinung, daß wir dieses Dienststück dem Gemeinderat ohne anstandslose Abwicklung der Bauverhandlung nicht vorlegen sollen. Die Vorlage wird nach Abführung dieser Verfahren erfolgen. Wir hoffen, daß beide Verfahren in Kürze abgewickelt werden können, worauf das Projekt so, wie es jetzt vorliegt, dem Gemeinderat vorgelegt werden wird.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) erklärt dazu: Die Beantwortung hat eigentlich bestätigt, was wir vermutet haben, daß dem Gemeinderat und dem Stadtsenat ein Projekt vorgelegt worden ist, welches noch nicht ganz ausgereift ist. Dazu kommt eine verfassungsrechtliche Frage: Wenn der Stadtsenat nach § 99 genehmigt, dann ist das Geschäftsstück zwingend dem nächsten Gemeinderat vorzulegen. Auch das ist nicht geschehen. Somit ist die Absetzung von der Tagesordnung eigentlich eine verfassungswidrige Handlung.

Stadtrat Heller erwidert: Die Beschlußfassung im Stadtsenat ist vorbehaltlich der anstandslosen Genehmigung bei der Bauverhandlung erfolgt. Da diese Bauverhandlung nicht anstandslos verlaufen ist, wurde das Dienststück heute nicht im Gemeinderat vorgelegt. Damit kann das Dienststück nicht weiter nach § 99 behandelt werden, und es hat nun die Genehmigung durch die zuständigen Gemeinderatsausschüsse, den Stadtsenat und den Gemeinderat zu erfolgen, was in Kürze geschehen wird. Es liegt somit kein Bruch und keine Verletzung der Verfassung der Stadt Wien vor.

(Ende des Sitzungsberichtes)

Wienerbergbrücke über die Südbahn dem Verkehr übergeben
=====Bgn. Marek eröffnete dieses wichtige Brückenbauwerk in Meidling

16. September (RK) Heute abend übergab Bürgermeister Bruno Marek die neue Brücke über die Südbahn im Zuge der Wienerbergstraße in Meidling dem Verkehr. Diese wichtige Brücke ist ein Teil des künftigen Verkehrsknotens Philadelphiabrücke und stellt die Voraussetzung für den Umbau der Philadelphiabrücke dar. Während der geplanten Umbauarbeiten wird sie nämlich den gesamten Individualverkehr dieser Brücke aufnehmen müssen. Die Wienerbergbrücke ist also gleichsam die erste Baustufe für die Neugestaltung des geplanten großen Verkehrsknotenpunktes Philadelphiabrücke.

Nach der Begrüßung der Festgäste durch den Meidlinger Bezirksvorsteher Wilhelm Hradil gab Stadtrat Kurt Heller einen Überblick über die bautechnischen Details der neuen Brücke. Anschließend hielt Bürgermeister Bruno Marek die Eröffnungsrede.

Die neue Wienerbergbrücke ist 27 Meter breit und hat sechs Fahrspuren von je 3,5 Meter Breite sowie zwei Gehwege von je drei Meter Breite. Die Gesamtlänge des Brückenbauwerks beträgt 34 Meter. Jener Teil der Brücke, der die Südbahngleise direkt überspannt, wurde mit fünf Fertigteilträgern in Spannbaweise errichtet. Das Einhängen dieser Träger von je 22 Tonnen Gewicht, die auf der Baustelle hergestellt wurden, konnte nur nachts erfolgen, da die Gleise gesperrt und die Fahrleitungen (15.000 Volt!) abgeschaltet werden mußten. Welche Arbeitsleistung dabei vollbracht wurde, zeigt die Tatsache, daß das Einhängen der Träger in jeweils nur zweieinhalb Stunden bewerkstelligt werden konnte. Die Kosten für die Herstellung der Brücke und die notwendigen Straßenbauarbeiten betragen insgesamt 8,65 Millionen Schilling. Die Brückenbauarbeiten waren im Juli 1964 in Form eines freien Ideenwettbewerbs ausgeschrieben worden, wobei zum erstenmal bei einem Brückenbauwerk die Anwendung der Netzplantechnik zur Bedingung gestellt worden war.

Norwegens König besichtigt dritte Zentralberufsschule
=====

16. September (RK) Heute mittag besichtigte König Olav V. von Norwegen die von der Stadt Wien neuerrichtete 3. Zentralberufsschule in Meidling. Bürgermeister Bruno Marek, Kulturstadtrat Gertrude Sandner und Stadtschulratspräsident Dr. Max Neugebauer begleiteten Norwegens Staatsoberhaupt auf seinen Rundgang durch die Schule, von dessen Bau und Einrichtungen er sich sehr beeindruckt zeigte.

- - -

Wien darf vom Bund nicht benachteiligt werden!

Bürgermeister Marek bei der Eröffnung der Wienerbergbrücke in Meidling

16. September (RK) Bei der Eröffnung der von der Stadt Wien neuerrichteten Wienerbergbrücke über die Südbahn in Meidling (siehe "Rathaus-Korrespondenz", Blatt 2653) verwahrte sich Bürgermeister Bruno Marek heute abend mit aller Entschiedenheit gegen die finanzielle Benachteiligung Wiens durch den Bund, vor allem beim Ausbau der Schnellbahn und beim Straßenbau. Dabei führte er in erster Linie die Weigerung des Finanzministers an, Bundesmittel zur unbedingt notwendigen Fortsetzung des Schnellbahnbaues bereitzustellen. "Wien ist dem Bund gegenüber stets seinen Verpflichtungen nachgekommen", sagte der Bürgermeister, "wir erwarten daher, daß auch der Bund seinen Verpflichtungen gegenüber Wien nachkommt!"

An der feierlichen Eröffnung der Wienerbergbrücke, bei der Bezirksvorsteher Wilhelm Hradil die Festgäste begrüßte, nahmen neben Bürgermeister Marek auch Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer, die Vizebürgermeister Felix Slavik und Dr. Heinrich Drimmel, der Zweite und der Dritte Landtagspräsident, Karl Mühlhauser und Helene Potetz, die Stadträte Hans Bock, Kurt Heller, Hubert Pfoch und Rudolf Sigmund, Mitglieder des National-, Bundes- und Gemeinderates sowie Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller mit den leitenden Beamten des Wiener Stadtbauamtes teil.

Im einzelnen stellte Bürgermeister Marek in seiner Eröffnungsrede fest:

Neben der großen Freude, heute diese schöne Brücke eröffnen zu können, erfüllt mich die Tatsache mit Bitternis, wie Wien von seiten des Bundes behandelt wird. Es ist klar, daß die Gemeinde Wien als Land verschiedene Probleme nicht mit eigenen Mitteln allein lösen kann, sondern nur in sinnvollem Zusammenwirken mit anderen Körperschaften.

Der Wiener Gemeinderat hat sich mit dem Ausbau der Schnellbahn beschäftigt, und am 8. Juli 1966 wurde in einem Antrag auf die Notwendigkeit der Beistellung von Bundesmitteln für die Fortführung des Schnellbahnausbaues hingewiesen. Auf Grund dieses Antrages

./.

beschloß der Wiener Stadtsenat, dem Verkehrsminister und dem Finanzminister dieses dringende Ersuchen der Stadt Wien zur Kenntnis zu bringen. Das geschah in zwei Schreiben am 10. August 1966. Wenige Tage später teilte der Verkehrsminister mit, daß in dem Voranschlagsentwurf der Österreichischen Bundesbahnen ein entsprechender Betrag für den Ausbau der Wiener Schnellbahn vorgesehen sei. Der Verkehrsminister schrieb: "Ich persönlich werde bemüht sein, daß der vorgesehene Betrag in das vom Nationalrat zu beschließende Budget 1967 tatsächlich aufgenommen wird."

Das war eine erfreuliche Nachricht. Die Freude wurde jedoch getrübt, denn am 8. September 1966 teilte der Bundesminister für Finanzen in einem Schreiben mit, daß er sich angesichts der angespannten finanziellen Lage außerstande sehe, Bundesmittel für den Schnellbahnbau bereitzustellen. Der Finanzminister schrieb: "Ich bin der Auffassung, daß es nach der geschilderten Sachlage gerechtfertigt wäre, wenn nunmehr im Hinblick auf die bereits erfolgte erhebliche finanzielle Leistung des Bundes die Gemeinde Wien für die Kosten des weiteren Ausbaues der Wiener Schnellbahn im Jahre 1967 aufkommen würde."

Bürgermeister Marek stellte sodann fest, er sehe sich aus diesem Grund gezwungen, in seiner Radiorede am kommenden Sonntag den Finanzminister zu ersuchen, von dieser Haltung abzugehen. Das Land Wien ist eines von neun Bundesländern, und es möchte nicht bevorzugt behandelt werden. Wir verlangen aber auch, daß Wien nicht schlechter behandelt wird als die anderen acht Bundesländer!

Bis vor kurzem betrug das Ausmaß des Bundesstraßennetzes in Wien ohne Autobahn nur 33 Kilometer. Das gesamte Bundesstraßennetz, gleichfalls ohne Autobahn, ist hingegen 9.234 Kilometer lang. Erst vor kurzem ist es gelungen, Teile des Autobahnnetzes in Wien dem Bund zu übergeben. Beim Mineralölsteuerzuschlag 1965 betrug das österreichische Gesamtaufkommen 2.772 Millionen Schilling. Wien war daran mit 1.154 Millionen Schilling beteiligt.

Die Aufwendungen des Bundes für Straßenbauten in Wien betragen im Jahr 1965 jedoch nur 37,2 Millionen Schilling.

Da wir heute eine Brücke eröffnen, sagte der Bürgermeister abschließend, entsinne ich mich eines bedeutenden Films, der "Die letzte Brücke" heißt. Nun, die Wienerbergbrücke wird nicht die letzte Brücke in Wien sein. Wenn aber der Bund glaubt, die Mittel für Wien weiter reduzieren zu müssen, dann könnte es soweit kommen, daß die Leistungen der Stadt Wien durch die Finanzpolitik des Bundes ungünstig beeinflusst werden.

Stadtrat Heller: Brücke Nummer 718 fertiggestellt!

Baustadtrat Kurt Heller, der bei der Eröffnung der neuen Wienerbergbrücke über die technischen Details des Bauwerks berichtete (siehe "Rathaus-Korrespondenz", Blatt 2653), wies unter anderem darauf hin, daß dieses Bauwerk die 718. Brücke ist, die von der Stadt Wien errichtet wurde und erhalten wird. Seit der Jahrhundertwende hat sich die Zahl der von der Stadt zu erhaltenden Brücken mehr als verdreifacht. Nach dem zweiten Weltkrieg mußten insgesamt 107 Brücken, die durch die Kriegshandlungen entweder zur Gänze zerstört oder schwer beschädigt worden waren, wieder aufgebaut werden. Von 1945 bis 1957 zahlte die Wiener Bevölkerung rund 92,7 Millionen Schilling allein für die Behebung von Schäden an Brückenbauwerken und Stegen. 1961 wurde mit der Fertigstellung der Salztorbrücke über den Donaukanal der Wiederaufbau der kriegszerstörten Brücken praktisch abgeschlossen. Daneben aber wurden in dieser Zeit auch eine Reihe neuer Brückenbauwerke geschaffen. Die zwei größten Projekte, die nach dem zweiten Weltkrieg verwirklicht wurden, sind die Nordbrücke über die Donau und die Gürtelbrücke über die Franz Josefs-Bahn und den Donaukanal.

Seit Ende des Krieges hat die Stadt Wien bisher 53 ganz neue Brücken mit einer Gesamtlänge von rund vier Kilometer gebaut. Der Betrag, der seit Kriegsende bis einschließlich 1966 auf dem Brückenbausektor ausgegeben wurde, liegt bei rund einer Milliarde Schilling. Somit ist die Wienerbergbrücke auch die 54. Brücke, die von der Stadt Wien seit 1945 gebaut wurde.

Stadtrat Heller wies abschließend auf die großen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Ausbau der Autobahn im Stadtgebiet und dem Bau des U-Bahn-Netzes hin, die auf die Wiener Brückenbauer warten. In Zukunft wird man vielfach bei der Planung von übergeordneten neuen Straßenzügen aus Raummangel dazu übergehen müssen, diese Straßen mit Hilfe von Brückenkonstruktionen zu verlegen. Mit der Hangbrücke für die Zubringerstraße zum Autobahnknoten Auhof im Wiental wurde bereits der erste Schritt in dieser Richtung getan.

- - -